

Videokonferenz der Sprecher*innen der Ständigen Kulturpolitischen Konferenz (SKK) am Freitag, dem 5. Juli 2024 von 10.00 bis 12.00 Uhr (Ergebnisprotokoll)

Tagesordnung:

- 1) Begrüßung
- 2) Verständigung über die EU-Wahlen und das Ergebnis - Was folgt für DIE LINKE?
- 3) Aktuelles aus Bund und Ländern
- 4) Vorstellung und Austausch zum Projekt "Kultur unter Rechts - Resilienz und Widerstand?" (Arbeitstitel)
- 5) Sonstiges

2) Verständigung über die EU-Wahlen und das Ergebnis - Was folgt für DIE LINKE?

In der Debatte der SKK wurde als einer der Hauptgründe für das schlechte Ergebnis für DIE LINKE bei der EU-Wahl benannt, dass es in vielen lange Zeit umstrittenen Fragen noch keine Einigung in der LINKEN gegeben habe, so z.B. in der Friedensfrage, sodass nach außen noch nicht eindeutig vermittelt werden konnte, wofür DIE LINKE steht. Dazu brauche es Zeit, sei aber unverzichtbar für das Überleben der Partei. Es müsse auch klarer werden, auf welche Schwerpunkte sich die Partei konzentriert.

Inwieweit und in welcher Weise eine populärere Ansprache bei wichtigen oft komplexen Themen auch im Unterschied zum BSW möglich ist, bleibt als Frage. Wir brauchen eine Strategie zum Umgang mit dem BSW. Das hohe Ergebnis für das BSW, z.B. in Berlin-Lichtenberg, in einer ehemaligen Hochburg der LINKEN, hat überrascht und bleibt als Herausforderung für die Bundestagswahl.

Zu den Dissenspunkten innerhalb der LINKEN gehört auch die Haltung zum Nahost-Konflikt. Hinsichtlich des Krieges im Gazastreifen und der Konflikte gab es in der Beratung unterschiedliche Diskussionsbeiträge und Einschätzungen. Die Sprecher*innen der BAG haben nach der Videokonferenz vereinbart, das Thema in einem geeigneten Rahmen erneut aufzurufen und vertieft zu behandeln.

3) Aktuelles aus Bund und Ländern

Berichte gab es von den Anwesenden über die Arbeit der LINKEN im Bundestag, im Europäischen Parlament, im Abgeordnetenhaus von Berlin, der Bürgerschaft in Hamburg und der LINKEN im Kreisverband Flensburg in Schleswig Holstein, hier in Kurzform.

Bundestag: DIE LINKE arbeitet seit dem Februar 2024 als Gruppe im Bundestag. Jan Korte ist weiter Obmann im Kulturausschuss, hat aber weniger Rechte, etwa eine kürzere Redezeit, insgesamt sind die Möglichkeiten der Gruppe eingeschränkt. Sie werden sich auf Kleine Anfragen und die wenigen möglichen Äußerungen im Plenum konzentrieren. Die Linksfraktion hatte zum Thema Anerkennung der Euthanasie-Opfer einen Antrag gestellt, der mehrheitlich abgelehnt wurde. Nun haben die Koalitionäre zusammen mit der Union einen eigenen Antrag zum Thema eingebracht. DIE LINKE enthält sich bei diesem Antrag, weil weder die Nachkommen noch die Angehörigen einbezogen werden und das Thema auch nicht in der Gedenkstättenkonzeption berücksichtigt wird. Ein weiterer Grund ist schließlich auch die Ausgrenzung der Fraktion bei einem so wichtigen geschichtspolitischen Thema.

Europäisches Parlament: 1) Die Linke Fraktion im Europäischen Parlament ist stabil und nun auch erweitert um eine Movimento 5-Stelle aus Italien im Beobachterstatus. 2) Die Deutsche Delegation wird nicht den Kulturausschuss besetzen und ob es ihn überhaupt geben wird, ist auch offen. 3) Die „Strategische Agenda 2024 – 2029“ klingt wie ein Rollback gegenüber ökologischen und sozialen Politiken (das wird auch Kultur treffen), im Mittelpunkt stehen wieder: Wirtschaft und Wettbewerb (Verteidigung, Energie, IKT).

Hamburg: Im Entwurf des Doppelhaushalts 2025/2026 in Hamburg seien kaum Kürzungen vorgesehen. Die Partei DIE LINKE. in Hamburg sei recht vital, es gibt viele neue Mitglieder. Das BSW spiele noch keine große Rolle.

Berlin: Die Linksfraktion hat sich klar gegen die vom Kultursenator vorgeschlagene Antisemitismusklausel in der Kulturförderung ausgesprochen und bleibt auch in der jetzigen Debatte dabei. Die Formulierung eines Leitbildes sei sinnvoll, dafür gäbe das in der letzten Legislatur erarbeitete Konzept eine gute Grundlage. Ein wichtiges Thema seien bezahlbare Räume. Leider gäbe die jetzige Koalition dafür nicht mehr die erforderlichen Mittel. Kürzungen im Haushalt treffen vor allem die soziale und kulturelle Infrastruktur und die Sicherung von öffentlichen Räumen. Für den Plan, die Zentral- und Landesbibliothek im Kaufhaus Lafayette unterzubringen, gäbe es nur noch ein kleines Zeitfenster. Sie setzen sich dafür ein, diese Chance zu nutzen.

Schleswig-Holstein/Flensburg: Die Partei ist im Flächenland Schleswig-Holstein in einer schwierigen Situation. Es gäbe Auflösungserscheinungen, in den Kreisverbänden gelänge es kaum noch, die nötigen Vorstände zustande zu bringen. Kulturpolitik sei kein Schwerpunkt und unterrepräsentiert. Die Kommunen sind finanziell unter Druck und Kürzungen betreffen vor allem den Kulturbereich und insbesondere die freie Szene. Ein Ansprechpartner für Kultur in der Partei wäre jetzt besonders wichtig.

Berichtet wurde unter diesem Top auch über Probleme der **Buchhandlung im Karl-Liebknecht-Haus in Berlin**, die auch an die Bundesgeschäftsführung herangetragen wurden, ebenso über das Anliegen, eine Kulturstelle im Haus zu schaffen. Es bestehe die Absicht, einen entsprechenden Antrag an den Parteivorstand zu stellen.

Passend zum Thema „Stellenwert von Kultur“ wurde ein Buch vom Deutschen Kulturrat empfohlen: "Ohne Kultur keine Nachhaltigkeit", in dem die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen bis 2030 in verschiedenen Aufsätzen sehr klug und gut diskutiert würden: <https://www.kulturrat.de/publikationen/ohne-kultur-keine-nachhaltigkeit/>

4) Vorstellung und Austausch zum Projekt "Kultur unter Rechts - Resilienz und Widerstand?"

Die bisherigen Ergebnisse der Projektgruppe „Kultur unter Rechts...“ der SKK wurden kurz vorgestellt. Ziel ist die Erarbeitung einer praxisorientierten Handreichung. Deshalb sollen jetzt Informationen aus den Ländern zusammengetragen werden und die Zusammenarbeit mit anderen Netzwerken und Akteuren gesucht werden. Es sei wichtig, sich auf das Agieren von Rechten in Kommunen und Ländern vorzubereiten.

5) Sonstiges

Unser **Positionspapier zu linker Kulturpolitik in den Kommunen** wurde ins Netz gestellt und so weit wie möglich verbreitet. Es ging auch an den Parteivorstand mit dem Vorschlag, dass dieser es sich zu eigen macht und beschließt. Zwei Sprecher*innen der BAG nahmen an einer Parteivorstandssitzung teil und stellten das Papier vor. Dort gab es Kritik und Veränderungsvorschläge, insbesondere die soziale Lage der Kreativen betreffend, die zu kurz gekommen sei. Auch wurde der Begriff der „Dritten Orte“ im Zusammenhang mit Bibliotheken kritisiert. Dem Parteivorstand liegt jetzt eine überarbeitete Fassung vor, zu der die SKK aber noch nicht von allen Vorstandsmitgliedern eine Rückmeldung erhalten hat.

Es wurde vorgeschlagen, dass wir uns als SKK mit dem Thema „**Bedingungsloses Grundeinkommen**“ befassen, da es nicht zuletzt für Kulturschaffende von Bedeutung ist. Dazu gäbe es derzeit Diskussionen, die das Zeug hätten, sich zu einem Grundsatzstreit in der LINKEN auszuweiten. **Wir vereinbaren, das Thema in einer der nächsten Beratungen aufzusetzen.**

Terminplanung: Die **nächste Beratung der Sprecher*innen** ist für das dritte Quartal geplant. Ein Termin- und Themenvorschlag geht allen zu.

f.d.R. Annette Mühlberg und Magdalena Depta-Wollenhaupt (19.07.2024)